



Foto: Herbert Schlemmer

Gemeinsamer Einsatz für gute Pflege (v.li.): Adolf Bauer (SoVD), Brigitte Döcker (AWO) und Annelie Buntenbach (DGB).

Organisationen schließen sich zusammen und fordern Verbesserungen

Bündnis für gute Pflege

„Wir können und wollen die Situation in der Pflege nicht mehr länger hinnehmen.“ Mit dieser unmissverständlichen Aussage wandten sich AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und SoVD-Präsident Adolf Bauer Mitte Februar an die Öffentlichkeit. Im Namen der insgesamt zehn Partner aus den Bereichen Selbsthilfe, Verbrauchervertretungen, Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden gaben sie die Gründung des Bündnisses für gute Pflege bekannt. Gemeinsames Ziel ist es, den verheerenden Stillstand in der Pflegepolitik zu thematisieren und die gemeinsamen Positionen kraftvoll nach außen zu tragen, um so den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Vordemeindrucksvollen Hintergrund der Bundespressekonferenz wies Adolf Bauer noch einmal auf die aktuelle Situation hin: Millionen Menschen in Deutschland seien täglich, ob als Betroffene oder als Angehörige, mit dem Thema Pflege konfrontiert.

Von den rund 2,4 Millionen pflegebedürftig anerkannten Menschen würden rund zwei Drittel zu Hause und ein Drittel in stationären Ein-

richtungen gepflegt. Im Namen der Bündnispartner mahnte Bauer dringende Verbesserungen an: „Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erwarten, dass endlich eine umfassende Pflegereform auf den Weg gebracht wird. Insbesondere die

mangelnde Unterstützung der häuslichen Pflege sowie die unzureichende Vereinbarkeit von Pflege und Beruf lasten auf den Pflegebedürftigen und ihren

Angehörigen. Zudem benötigen pflegende Angehörige dringend bessere Entlastungsstrukturen.“

Auf die Situation der Beschäftigten im Pflegebereich

ging Annelie Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) näher ein. Sie sprach sich für eine Aufwertung der Pflegeberufe aus – angefangen bei den Ausbildungsbedingungen, über die Arbeitsplatzgestaltung bis hin zu

der Entlohnung. Buntenbach warnte explizit vor einer Billig-Pflege: „Wenn es nicht gelingt,

die Pflege als Berufsfeld attraktiv umzugestalten, werden wir in

Zukunft neben einer zunehmend unwürdigen Pflegesituation noch einen gigantischen Fachkräftemangel haben.“

Auf die grundsätzliche Finanzierung der Pflegeversicherung ging Brigitte Döcker, **Fortsetzung auf Seite 2**

Gute Pflege darf nicht zum Armutsrisiko werden

Baustelle Patientenrechtgesetz

Referentenentwurf bleibt hinter den Erwartungen zurück

Seite 2



Leichter in der Handhabung

Schwerbehindertenausweis wurde neu gestaltet

Seite 5

„Es ist normal, verschieden zu sein“

In Hamburg wird Inklusion an den Schulen Realität

Seite 7



Große Kundgebung in Berlin

100 Aktionen des SoVD zum Equal Pay Day

Seite 6

Seniorentag 2012 in Hamburg

Als BAGSO-Mitglied ist der SoVD Mitveranstalter

Seite 4



Sich nicht unterkriegen lassen

Joachim „Blacky“ Fuchsberger wird 85

Seite 24

Anzeige

www.menschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerechten-Risikoversicherung

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Finanzielle Entlastung bereits ab Pflegestufe 0
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Die kontraproduktive Diskussion um das Betreuungsgeld geht weiter. Familienministerin Kristina Schröder will nun an der Höhe der Zuwendung sparen, die Familien ab 2013 erhalten sollen, wenn sie ihre Kleinkinder zu Hause betreuen. Weil angesichts der Haushaltslage Bescheidenheit angesagt sei, begründet sie. Nicht etwa, weil die Ministerin erkannt hätte, dass die oft zitierte „Herdprämie“ rückwärtsgerichtet ist und dem zuwider läuft, was mit ei-

ner sinnvollen Familien- und Sozialpolitik eigentlich erreicht werden sollte: eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühestmögliche Förderung von Kindern aus benachteiligten Familien! Sogar aus Brüssel kam jetzt eine Rüge: So kritisierte die EU-Kommission, dass das Betreuungsgeld wenig hilfreich sei für die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Zu Recht. Mit müden 100 Euro wird damit Familien der Anspruch auf staatliche Betreuung

und auf frühkindliche Bildung „abgekauft“. Geld, das Familien in Not wie eine willkommene Einkommensquelle erscheinen muss. Wenn man aber Eltern in Schwierigkeiten Geld bietet, damit sie ihre Kinder nicht in die Krippe schicken, schadet man ihnen und ihren Kindern mehr als ihnen zu helfen. Kommen Eltern, die den Anschluss an den Beruf nicht verpassen dürfen, im Weltbild der Ministerin nicht vor?

Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin